

Energiepolitik

## **Für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung**

### **Inhalt**

- 1. Zukünftige Herausforderungen**
- 2. Energie effizienter nutzen**
- 3. Erneuerbare Energien für eine zukunftsfähige Energieversorgung**
- 4. Ein breiter Energiemix**
- 5. Mehr Wettbewerb**
- 6. Eine technologieoffene Energieforschung**
- 7. Fazit**

#### **1. Zukünftige Herausforderungen**

Weltweit steigt die Nachfrage nach Energie. Bis 2050 wird sich der Energieverbrauch verdoppeln. Auf der Basis von technischem Fortschritt und modernen Technologien muss es gelingen, die weitere Entwicklung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch zu entkoppeln. Gleichzeitig stellt die Abhängigkeit Deutschlands vom Import knapper werdender und teurer Energierohstoffe und der Klimawandel unser Land vor enorme Herausforderungen. Problematisch ist dabei, dass sich insbesondere im Bereich des Erdöls und Erdgases schon bald eine hohe Abhängigkeit von wenigen Ländern ergeben wird. Wir müssen Abhängigkeiten verringern, Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien weiter fördern. Dabei bieten die Herausforderungen des Klimawandels und der Rohstoffverknappung Zukunftschancen, gerade auch für die deutsche Wirtschaft. Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und auch in Zukunft für Deutschland eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung zu sichern, wird die CDU-geführte Bundesregierung spätestens innerhalb des nächsten Jahres ein neues Energiekonzept vorlegen.

Eine zukunftsfähige Energiepolitik erfordert marktwirtschaftlich orientierte Lösungsansätze und Anreize. Diese bieten die Chance, wirtschaftliche Effizienz und

Klimaschutz in Einklang zu bringen sowie eigeninitiatives Handeln zu fördern. Staatliche Verbote und Regulierungen sind nicht die erste, sondern die letzte Handlungsoption.

Mit dem Integrierten Energie- und Klimapaket (IEKP) hat die große Koalition 2007 ein einzigartiges Programm verabschiedet, welches entscheidend auf dem Weg zu sauberer, bezahlbarer und sicherer Energieversorgung ist. Im Rahmen des IEKP werden drei Ansätze zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung verfolgt: Verstärkte Förderung erneuerbarer Energien, Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung. Wir werden die Maßnahmen im IEKP 2010 auf ihre Wirksamkeit überprüfen und ggf. nachsteuern.

## **2. Energie effizienter nutzen**

Die CDU tritt für einen sparsamen und effizienten Verbrauch von Energie zur Ressourcenschonung und zur Klimavorsorge in Deutschland sowie weltweit ein. Bis 2020 streben wir eine Verdopplung der Energieproduktivität im Vergleich zu 1990 an.

Es müssen von der Erzeugung bis zum Verbrauch der Energie alle Möglichkeiten der Effizienzsteigerung genutzt werden. Wir wollen auch Genehmigungsverfahren einfacher gestalten, um Chancen zur Verbesserung des Klimaschutzes wahrzunehmen. Dieses umfasst zum Beispiel im Erzeugungsbereich eine Modernisierung des Kraftwerksparks oder auch den Ausbau der Stromnetze, insbesondere im Höchstspannungsbereich, um Leitungsverluste zu vermindern. So stehen in Deutschland und in Europa in den kommenden Jahren enorme Investitionen in neue Stromerzeugungskapazitäten und Netzinfrastrukturen an, welche wir unterstützen wollen.

Knapp 20% des Energieverbrauchs in Deutschland findet im Gebäudebereich statt. Hier schlummern gewaltige Effizienzpotenziale etwa bei der energetischen Gebäudesanierung sowie bei der Heizungsmodernisierung. Um CO<sub>2</sub>-Minderungspotenziale im Gebäudebestand schneller und umfassender auszuschöpfen, hatte die große Koalition das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm weiter aufgestockt. So wurde die Förderung im Zeitraum von 2006 bis 2009 auf jährlich 1,4 Mrd. Euro und im Rahmen der Konjunkturpakete nochmals aufgestockt. Durch diese Maßnahmen werden zudem die privaten Haushalte dauerhaft von Energiekosten entlastet. Wir werden das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern. Die Hürden im Mietrecht für eine energetische Sanierung zum gemeinsamen Vorteil von Eigentümern und Mietern werden gesenkt, die

bestehenden Möglichkeiten der gewerblichen Wärmelieferung (EnergieContracting) im Mietwohnungsbereich erweitert.

Insgesamt wollen wir die Instrumente unserer sozialen Marktwirtschaft nutzen, um Verbraucher und Unternehmen zu einem effizienteren Umgang mit Energie weiter zu ermuntern. Der weltweite Energieverbrauch wird in den nächsten Jahren drastisch zunehmen. Daher wollen wir durch marktorientierte und technologieoffene Rahmenbedingungen, die stärker auf Anreiz und Verbraucherinformation setzen, die enormen Potentiale im Bereich Energieeffizienz nutzen. Hierzu zählen insbesondere: die marktwirtschaftliche 1:1 Umsetzung der Energiedienstleistungsrichtlinie, die Stärkung der Energiekompetenz der Verbraucher etwa durch unbürokratische Kennzeichnungen des Energieverbrauchs bei energierelevanten Produkten sowie eine Energieinitiative Mittelstand.

### **3. Erneuerbare Energien für eine zukunftsfähige Energieversorgung**

Die erneuerbaren Energien als heimische Energieträger können einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit und zum Klimaschutz leisten. Sie bieten gewaltige Chancen für ein umweltverträgliches Wachstum, innovative Geschäftsfelder und neue Arbeitsplätze, insbesondere durch den Export dieser Technologien. Weltweit bieten erneuerbare Energien für zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer große Chancen auf eine zukunftsfähige Energieversorgung, sei es im Rahmen der dezentralen Anwendung oder bei einer zentralen Anwendung wie beispielsweise dem Desertec-Projekt.

Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz haben wir eine zielgenauere Förderung der erneuerbaren Energien durchgesetzt. So wurde die Förderung speziell im Bereich Wind-Offshore, der heimischen Biomasse sowie bei der Geothermie verstärkt.

Die CDU setzt sich in Deutschland für eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Strombereitstellung auf 30% bis 2020 ein. Dazu werden wir den Ausbau der erneuerbaren Energien entsprechend den bestehenden Zielvorgaben weiter fördern und das EEG sowie den unbegrenzten Einspeisevorrang erhalten. Wir werden mit Wirkung zum 1.1.2012 eine EEG-Novelle auf den Weg bringen, die die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Technologie wahrt. Um eine bedarfsgerechte Einspeisung des Stroms aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen, werden wir neben Investitionen in

Speichertechnologien für virtuelle Kraftwerke, die eine gleichmäßige Versorgung mit erneuerbaren Energien gewährleisten, einen Stetigkeitsbonus einführen.

Unser Ziel ist es, die erneuerbaren Energien so schnell wie möglich markt- und speicherfähig zu machen. Über- oder Unterförderungen sind zu vermeiden.

Dabei erhalten wir die Planungssicherheit für bestehende Anlagen. In diesem Sinne werden wir auch die Regelungen zum Anlagensplitting beim Biogas teilweise zurücknehmen. Wir werden die Bedingungen für die Biogas-Einspeisung im Erneuerbare-Wärme- Gesetz verbessern. Das Marktanzreizprogramm führen wir fort.

Im Bereich der Windenergie werden wir die bereits in der letzten Legislaturperiode getätigten Anstrengungen im Bereich des Repowering intensivieren. Im Bereich der Windoffshore-Energie sind sicherlich zunächst die größten Ausbaupotenziale erkennbar. Die termingerechte Anbindung der Offshore-Windparks an das Stromnetz ist zügig und effektiv zu realisieren, um Planungssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Im Bereich der Solarenergie liegen die Vergütungen auf einem sehr hohen Niveau. Wir werden mit einer Anhörung in den Dialog mit der Solar-Branche und Verbraucherorganisationen treten, mit welchen Anpassungen kurzfristig Überförderungen bei der Photovoltaik vermieden werden können. Dabei werden wir auch prüfen, wie die Förderung der Freiflächen-Anlagen noch stärker auf die Nutzung von versiegelten oder vorbelasteten Flächen ausgerichtet werden kann.

#### **4. Ein breiter Energiemix**

Der beste Garant für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland ist ein breit gefächertes und am Wettbewerb orientierter Energiemix. Weltweit und in Deutschland werden selbst bei größten Anstrengungen zur Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien in den kommenden Jahrzehnten die fossilen Energieträger (Kohle, Erdöl, Erdgas) unverzichtbar bleiben. Entscheidend ist es, deren Einsatz durch hohe Effizienz so klimaverträglich wie möglich zu gestalten. Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine möglichst schnelle Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks verbessern. Die dezentrale Energieversorgung wollen wir stärken, etwa durch Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, um die bei der Stromerzeugung entstehende Wärme zu nutzen. Außerdem unterstützt die CDU ausdrücklich die weitere Entwicklung der Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS), welche einen

entscheidenden Beitrag zu einer klimafreundlichen Nutzung von fossilen Energieträgern und zum Klimaschutz weltweit leisten kann. Wir werden zeitnah die Richtlinie der EU umsetzen, die Abscheidung, Transport und Einlagerung von CO<sub>2</sub> regelt. Wir wollen für Akzeptanz werben und u. a. einen Geothermie-Atlas beauftragen, um Nutzungskonkurrenzen zwischen CCS und Geothermie zu prüfen. Auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit müssen wirtschaftliche, heimische Energieträger wie die Braunkohle bei Sicherstellung bester klimabezogener Standards ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten behalten.

Aus Gründen des Klimaschutzes, der Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland zunächst nicht verzichtet werden. Die Kernenergie liefert in Deutschland fast die Hälfte der Grundlastversorgung und fast ein Viertel der gesamten Stromversorgung. Der Einsatz der Kernenergie spart jährlich 150 Mio. t CO<sub>2</sub> (CO<sub>2</sub>-Ausstoß Deutschlands: 945 Mio. t). Dieses ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß des gesamten deutschen Straßenverkehrs. Der Ausstieg aus der Kernenergie würde bedeuten, dass wir fossile Energieträger mit einem erheblichen zusätzlichen Kohlendioxidausstoß einsetzen müssten. Zudem wäre ein steigender Import von Erdgas mit damit verbundenen Importabhängigkeiten und möglicherweise steigenden Energiekosten notwendig. Bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind, streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren Kernkraftwerke an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab.

Der wesentliche Teil der zusätzlich generierten Gewinne aus der Laufzeitverlängerung der Kernenergie soll von der öffentlichen Hand vereinnahmt werden. Mit diesen Einnahmen wollen wir auch eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung und -nutzung, z. B. die Erforschung von Speichertechnologien für erneuerbare Energien oder stärkere Energieeffizienz fördern. In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen. Die Vereinbarung muss für alle Beteiligten Planungssicherheit gewährleisten.

Außerdem wollen wir die vorhandene deutsche Sicherheitskompetenz in der Kerntechnik nutzen. Nur so kann Deutschland seinen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen, welche in vielen – auch an Deutschland angrenzenden – Ländern das Rückgrat der Energieversorgung bilden, weltweit leisten.

Der sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle in einem geeigneten Endlager anstelle diverser Zwischenlager kommt eine große Bedeutung zu. Wir werden deshalb das Moratorium zur

Erkundung des Salzstockes Gorleben unverzüglich aufheben, um ergebnisoffen die Erkundungsarbeiten fortzusetzen. Wir wollen, dass eine International Peer Review Group begleitend prüft, ob Gorleben den neuesten internationalen Standards genügt. Der gesamte Prozess wird öffentlich und transparent gestaltet. Die Endlager Asse II und Morsleben sind in einem zügigen und transparenten Verfahren zu schließen. Dabei hat die Sicherheit von Mensch und Umwelt höchste Priorität. Die Energieversorger sind an den Kosten der Schließung der Asse II zu beteiligen. Mit Blick auf Endlagerstandorte setzen wir uns für einen gerechten Ausgleich für die betroffenen Regionen ein, die eine im nationalen Interesse bedeutsame Entsorgungseinrichtung übernehmen.

Ein breiter Energiemix diversifiziert und verringert damit Importabhängigkeiten, kann sie aber nicht komplett beseitigen. Es wird weiterhin Aufgabe von Politik sein, Bezugsquellen und Lieferwege von Energierohstoffen auf eine breite Basis zu stellen und Energiepartnerschaften mit Liefer- und Transitstaaten auszubauen und zu intensivieren.

Aufgrund der Abhängigkeit Deutschlands von Energie- und Rohstoffimporten benötigen wir eine Energieaußenpolitik, die deutsche Unternehmen und große Infrastrukturprojekte (z. B.: Nordstream, Nabucco, LNG, DESERTEC) intensiv begleitet.

## **5. Mehr Wettbewerb**

Um eine zukunftsfähige Energieversorgung für unser Land zu sichern, muss ein breiter Energiemix auch in einen funktionierenden Wettbewerb im Energiesektor eingebettet sein. Im Energiesektor konnte die große Koalition in den vergangenen Jahren entscheidende Erfolge für mehr Wettbewerb und Transparenz erreichen.

Beispielhaft dafür ist sicherlich die Verschärfung des Kartellrechts, welche einen leichteren Nachweis von missbräuchlichem Marktverhalten ermöglicht. Auch Maßnahmen wie die Liberalisierung des Messwesens, die verbesserten Möglichkeiten, den Energieversorger zu wechseln sowie die Senkung der Netznutzungsentgelte, welche die Chancen für neue Anbieter auf dem Energiemarkt verbessern, stehen für eine wettbewerbsorientierte Energiepolitik in den vergangenen vier Jahren.

Im europäischen Wirtschaftsraum setzt sich die CDU ein für den Abbau von Wettbewerbshemmnissen und den beschleunigten Ausbau einer frei zugänglichen Infrastruktur für den grenzüberschreitenden Strom- und Gashandel. Dieses bringt nicht

nur Wettbewerb, sondern auch Versorgungssicherheit innerhalb Europas. Das deutsche Stromverbundnetz muss zum Baustein eines europaweiten Stromtransportnetzes ausgebaut werden. Wir wollen, dass aus den derzeit vier Netzregelzonen ein einheitliches deutsches Netzregelsystem wird, wobei eine staatliche Beteiligung nicht zielführend ist. So können die Netze ihrer Funktion als wettbewerbsneutrale und kosteneffiziente Plattform für den Transport von Energie gerecht werden.

Die CDU-geführte Bundesregierung wird eine Markttransparenzstelle einrichten und deren Befugnisse so erweitern, dass sie über alle Informationen verfügt, um zeitnah eine transparente Preisbildung im Stromgroßhandel zu sichern. Die Gasmarktgebiete sollen auf höchstens zwei Gebiete reduziert werden. Wir wollen dem Wettbewerb auf dem Gasmarkt neue Impulse geben, die Gasnetzzugangsverordnung neu fassen und den Zugang der Wettbewerber zu nicht genutzten Gastransport und Speicherkapazitäten erleichtern. Wir werden den Wettbewerb auf dem Regelenergiemarkt fördern und ein einziges nach einheitlichen Regeln funktionierendes Marktgebiet anstreben.

## **6. Eine technologieoffene Energieforschung**

Energieforschung und neue innovative Energietechnologien sind für eine zukunftsfähige Energieversorgung unverzichtbar. Wir treten für eine breit angelegte, technologieoffene Energieforschung ein. Es gibt für uns keine ideologischen Unterscheidungen zwischen „guten und bösen Technologien“. Wir wollen die Weichen stellen, dass Deutschland Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien in allen Bereichen wird. Wir werden ein neues Energieforschungsprogramm mit Schwerpunkten in der Energieeffizienzforschung, den Speichertechnologien, intelligenter Netztechnik und Biokraftstoffen der zweiten Generation entwickeln.

Deutschland muss weiterhin eine Spitzenposition im Bereich der Energietechnologien einnehmen, um auch weltweit seine Verantwortung für den Klimaschutz wahrzunehmen. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung wurden die Mittel für Energieforschung und Innovationen von der Bundesregierung bis 2009 um 30 Prozent aufgestockt – bis 2009 flossen 2 Milliarden Euro in diesen Forschungsbereich. Für die Förderung sparsamer Energieverwendung wurden 24,9 Millionen Euro bereitgestellt. Diese Anstrengungen wollen wir zukünftig noch intensivieren.

## 7. Fazit

Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Neben der Schaffung von nachhaltigen Wachstum nach der Wirtschafts- und Finanzkrise ist der Klimawandel die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Deutsche Energiepolitik muss ihren Beitrag dazu leisten, dass wir beide Herausforderungen beantworten können. Wir müssen eine bezahlbare und sichere Energieversorgung für den Standort Deutschland sichern und mit einer umweltfreundlichen Energieversorgung unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Gleichzeitig schafft wiederum die klimaschonende Erzeugung und Nutzung von Energie große Potenziale für Wachstum und Beschäftigung. So ist Deutschland schon jetzt in vielen Bereichen der Umwelttechnologien führend. Wir wollen diese Entwicklung weiter unterstützen.

In der Energiepolitik bedarf es keiner ideologischen Ansätze, welche uns wichtiger Handlungsoptionen berauben, sondern einer vernunftorientierten Politik. Wir wollen kurz- und mittelfristig mit einem klugen Energiemix alle Optionen nutzen, um eine sichere, saubere und wirtschaftliche Energieversorgung für unser Land zu sichern. Parallel dazu werden wir durch eine weitere Förderung und durch die Setzung kluger Rahmenbedingungen die Entwicklung erneuerbarer Energien vorantreiben. Langfristig muss der absolute Schwerpunkt der deutschen Energieversorgung bei den erneuerbaren Energien liegen. Im Bewusstsein, dass die beste Energie diejenige ist, welche nie verbraucht wird, setzen wir uns auch für die weitere Steigerung der Energieeffizienz ein. Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir sind uns aber sicher, dass wir mit der Nutzung der Instrumente unserer sozialen Marktwirtschaft sowie zusammen mit der Wirtschaft und den Verbrauchern diese Ziele erreichen können. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, wirtschaftliches Wachstum in einer intakten Umwelt jetzt und für künftige Generationen zu sichern. Dazu kann die Energiepolitik einen wichtigen Beitrag leisten.